

Arbeit für alle durch eine neue Solidarität

Das Thema ist als Imperativ formuliert. Gebieterisch fordert es die Zuversicht, es werde gelingen, allen zur Arbeit zu verhelfen. Zugleich nennt es die unerläßliche Voraussetzung: Eine der bisherigen Denkweise verhaftete Solidarität genügt hinfort nicht mehr. In der Tat: Wir haben es mit qualitativ neuen Herausforderungen zu tun und nicht mehr nur mit der bloß quantitativen Steigerung altbekannter Probleme. Es handelt sich eben nicht um lediglich eingebeulte Trendlinien, die man nur wieder geradezubiegen bräuchte – in unserem Fall durch schlichte Konjunkturpolitik keynesianischer oder auch monetaristischer Machart. Wir stehen vielmehr in einer Umbruchsituation, in der Trendlinien gebrochen sind oder gar – denken wir etwa an den Ausverkauf der Natur – bewußt gebrochen werden müssen, weil ihre bloße Verlängerung keine Zukunft mehr ergibt. Da stimmt es schon, daß es vielfältig grundlegender Neuorientierung des individuellen und des gesellschaftlichen Bewußtseins bedarf – eben einer „neuen Solidarität“: Die Erneuerung der Welt durch Umkehr und aus dem Glauben lautete die Botschaft des Düsseldorfer Katholikentags – in unser Thema hereingeholt: Neue Perspektiven sind gefordert.

Wie aber bewirkt man gesellschaftlichen Bewußtseinswandel, und wer bewirkt ihn? Etwa der Staat, die Politik, die Parteien? Doch wohl nicht in erster Linie: deren Domäne ist eben Politik. Tagespolitik vor allem. Demokratie ist auch dadurch definiert, daß Staat und Gesellschaft in ihr weder identisch sind noch völlig getrennten Sphären zugehören: sie sind aufeinander bezogen.

Zwischen Bewegung und Partei gibt es wesentliche Unterschiede. Bewegungen gehören der Gesellschaft zu, Parteien ragen durch ihre konkrete Mitgestaltung von Politik in Parlamenten und Regierungen weit in die Sphäre des Staats hinein. Sie sind der Tagespolitik verpflichtet – gewiß einer Tagespolitik, zu der sie eines Programms, einer Wertorientierung bedürfen, aus der heraus und auf die hin sie gestalten. Neue Solidarität aber kann nicht von oben, vom Staat her in die Gesellschaft hineinorganisiert werden: Bewußtseinswandel findet bei den vielen einzelnen statt, deren Zusammenleben man „Gesellschaft“ nennt. Der Staat – heißt es im Godesberger Programm – empfängt seine Inhalte von den gesellschaftlichen Kräften; er und in gewissem Grad auch die Parteien verhalten sich dazu eher rezeptiv. Diese Rezeptivität ist dann eine sensible zu nennen, wenn sich die Parteien für aus den Bewegungen kommende Denkanstöße offenhalten, wenn sie gesprächsbereit und lernwillig sind – in unserem Fall für das, was schon an „neuer

Solidarität“ aufricht. Aber auch dann bleibt die prophetische Vision nicht die primäre Aufgabe der Parteien, sondern der jeweils konkrete nächste Schritt der politischen Tagesarbeit ist es, der dann ein richtig gesetzter Schritt ist, wenn er das als zukunftsfruchtig Erkante zugleich nachvollzieht und vorwegnimmt.

Es gibt da eine schwierige Dialektik zwischen Gesinnungen und Strukturen. Die Gesinnungen sind primär, wenn auch nicht ausschließlich das Feld gesellschaftlicher Bewegungen, die Strukturen sind primär, wenn auch nicht ausschließlich das Feld der politischen Parteien. Gesinnungen müssen den Strukturen vorlaufen; Strukturen müssen so angelegt sein, daß sie den Wandel der Gesinnungen auf mehr Humanität hin ermutigen. Demokratie als Herrschaft des Volkes durch das Volk und für das Volk kann sich vom allgemeinen Bewußtsein der Menschen nicht allzu weit entfernen; auf der anderen Seite aber muß Demokratie führen, sie darf nicht bloßer Vollzug von Demoskopie sein. Insoweit sind Bewegungen und Parteien aufeinander bezogen und verwiesen.

Arbeit für alle

Wenn wir „neuer Solidarität“ bedürfen, so gehört dazu ein *neues Verständnis überkommener Begriffe*. So wird zum Beispiel „Arbeit für alle“ nie wieder zu definieren sein im Sinn jener Vollbeschäftigung der erwerbswirtschaftlich organisierten 40-Stunden-Woche in vierzig Lebensjahren. Leider aber hängt die offiziöse, auf den „Aufschwung“ fixierte Politik noch jenem Begriff von Vollbeschäftigung nach, den wir uns nach dem Zweiten Weltkrieg gebildet haben: Wer damals wollte, konnte so lange arbeiten, wie er wollte; die Bedürfnisse schienen unbegrenzt zu sein, es konnte nicht schnell genug gehen, sie zu befriedigen. Hätten wir das alles heute nochmals zu tun, würden wir uns für den Aufbau unseres Wohlstands vielleicht zwanzig Jahre mehr Zeit lassen. Früher war es selbstverständlich, daß eine Familie, die sich ein Haus baute, zwei Generationen lang abzuzahlen hatte – heute muß das in zehn oder zwölf Jahren erledigt sein. Wir alle haben zu schnell zu viel gewollt, buchstäblich wir alle, es macht da gar keinen Sinn, Schuldzuweisungen zu verteilen.

Und nun ist alles getan. Von vielem haben wir zuviel: Krankenhäuser zumal, aber auch Schulen, Universitäten, Sportplätze, Badeanstalten, Autos, Fernsehgeräte usw. Und darum haben wir von manchem anderen zuwenig: zum Beispiel zu wenig Raum für die Regeneration der Natur. Wir bauen in jedem Jahr fast eine halbe Million neuer Wohnungen, obwohl die Bevölkerung nicht mehr wächst. Wir haben in der Bundesrepublik Deutschland in den letzten dreißig Jahren so viel Fläche überbaut wie in den zehntausend Jahren zuvor – und wer da meint, die Bauwirtschaft könne nochmals dreißig Jahre lang der Schlüssel für den alle Jahre wieder zum Herbst erwarteten Wirtschaftsaufschwung sein, der täuscht sich eben.

Schließlich handelt es sich um ein *strukturelles Problem*: In Realisierung des technischen Fortschritts können immer weniger Menschen immer mehr Produkte herstellen, die aber entweder keiner mehr braucht, oder die jene, die sie noch bräuchten, nicht bezahlen können, was nicht nur für viele Völker der Dritten Welt, sondern auch für rasch verarmende Randgruppen unserer eigenen Gesellschaft zutrifft.

Unsere Bauwirtschaft braucht heute nur noch halb so viele Bauarbeiter wie vor zehn Jahren, um dasselbe Haus in der gleichen Zeit zu erstellen. Von 1970 bis 1980 ist die Produktion im verarbeitenden Gewerbe um 23% gestiegen, das Arbeitsvolumen aber ist um 23% gesunken, die Beschäftigtenzahl noch um 15%. Für die Datenverarbeitungsindustrie, von der viele irrigerweise meinen, sie sichere uns Beschäftigung von morgen, gilt: 76% Wachstum der Produktion in zehn Jahren bei um 21% verringertem Volumen. Eine Wollfabrik im Wahlkreis Göppingen, die vor zehn Jahren 2700 Beschäftigte hatte, stellt heute mit 900 Beschäftigten viermal soviel Wolle her wie damals. Der Beschäftigte von heute erzeugt also zwölfmal soviel Wolle wie der vor zehn Jahren: So viel Wolle, wie heute 2700 Beschäftigte produzierten, wäre einfach nicht mehr zu verkaufen. 1972 waren 29 Arbeitsstunden erforderlich, um Industriewaren im Wert von 1000 DM zu erzeugen, 1978 hatte sich die Zeit halbiert. In unseren Automobilfabriken werden in Kürze Roboter schweißen, die pro Schicht die Arbeit von vier Facharbeitern erledigen. Im Druckgewerbe setzt die elektronische Maschine in der Stunde 800 000 Buchstaben, die Bleisetzmaschine erreichte 18 000.

Diese Abkoppelung der Produktivität von der Produktion wird weitergehen. Bei der Durchdringung der Produktion mit Mikroprozessoren stehen wir erst ganz am Anfang; die Prognos AG in Basel meint, daß da 95% erst noch auf uns zukommen, allenfalls 5% hätten wir hinter uns. Es gibt das Diktum von Oswald von Nell-Breuning, daß wir unseren heutigen Wohlstand im Jahr 2000 an vielleicht einem oder zwei Arbeitstagen wöchentlich werden herstellen können; das übrige besorgen die immer effizienteren, sich selbst steuernden Maschinen. Und die Arbeitsmarktforscher sagen uns, daß selbst bei optimalen Annahmen – jahresdurchschnittlich 2% reales Wirtschaftswachstum bei nur 3½%iger Produktivitätssteigerung im Fertigungsbereich – im Jahr 2000 22 Millionen Menschen in Erwerbsarbeit stehen, wir aber 27 Millionen nach dem herkömmlichen Arbeitsvolumen bestimmte Arbeitsplätze bräuchten.

Diese Entwicklung, sagen die einen, sei eben die Folge davon, daß wegen des *überhöhten Lohnniveaus* die Rationalisierungspeitsche bei uns besonders heftig geschwungen werden müsse. Wie erklärte es sich dann aber, daß die Roboterisierung der Wirtschaft in Japan sehr viel weiter gediehen ist als bei uns, obwohl dort das Lohnniveau niedriger ist? Andere wieder sagen, unsere Arbeitslosigkeit sei die Folge eines *überhöhten Sozialleistungsniveaus*. Daß angesichts der klaren Dominanz technologisch bedingter Arbeitslosigkeit ausgerechnet unsere Arbeitslosen,

Rentner und Sozialhilfeempfänger an allem schuld sein sollen, ist schlicht eine Zumutung.

Neue Solidarität

Nach alldem – worauf gründen wir unsere Zuversicht? Sie wird uns im charmanten Gewand der Mathematik angeboten. Nach einer Optimierungsberechnung könnten wir bei $3\frac{1}{2}$ bis 4% jährlicher Produktivitätssteigerung und 1,3 bis 1,4% jährlicher Verkürzung der Arbeitszeit ein durchschnittliches reales Wachstum der Wirtschaft von jährlich 2 bis 2,5% und im Jahr 1990, wenn die geburtenstarken Jahrgänge ins Arbeitsleben eingegliedert sind, wieder Vollbeschäftigung erreicht haben. Der „Charme der Mathematik“ ist durchaus nicht ironisch gemeint. Wir haben nun einmal eine *Optimierungsaufgabe* zu lösen: Beschäftigtenzahl, Arbeitszeit, Arbeitsproduktivität und Wirtschaftswachstum – man könnte diese Größen auch in die Form einer Gleichung bringen – stehen zu Gebote. Indem wir diese Variablen im einzelnen durchgehen, wird sogleich deutlich, daß es jenseits der Mathematik einer „neuen Solidarität“ bedarf, um unsere Optimierungsaufgabe tatsächlich zu lösen. Mit ihr, aber nur mit ihr, ist sie lösbar; darauf gründet unsere Zuversicht.

Wirtschaftswachstum

Angenommen, wir wollten unser Problem ausschließlich durch *Wirtschaftswachstum* lösen, dann wären, um Vollbeschäftigung zu erreichen, jährliche reale Zuwachsraten des Bruttosozialprodukts von 6 bis $6\frac{1}{2}$ % für die Dauer einer ziemlich langen Reihe von Jahren erforderlich. Das bedeutete die Verdoppelung der Produktion und unseres Wohlstands alle 12 bis 14 Jahre; mit der Produktion allein wäre es aber noch nicht getan, man müßte das Mehrprodukt auch verkaufen können. Eine solche Perspektive ist nicht realistisch. Eine Verdoppelung des Wohlstands alle 12 bis 14 Jahre stieße zunächst auf die Wachstumsgrenze, die in der Knappheit der Ressourcen liegt – der natürlichen Lebensgrundlagen also, die jetzt schon durch unsere Abfälle (im weitesten Sinn des Wortes) bedroht sind. Diese Perspektive wäre aber auch sinnlos: Dem Mehr an materieller Ausstattung entspräche nämlich eine Minderung der Lebensqualität. Zudem machten die Sättigung partieller Binnenmärkte und die durch die Weltwirtschaftskrise begrenzte Aufnahmefähigkeit von Auslandsmärkten jede einseitige Wachstumsstrategie illusorisch.

Gleichwohl wäre es nun falsch, dem positiven Wachstumsfetischismus mit einem negativen zu begegnen. Ganz ohne Wachstum werden wir die Probleme auch nicht lösen – aber wir würden sie wahrscheinlich besser lösen, wenn wir uns

vom statistischen Begriff des Bruttosozialprodukts und seines Wachstums lösten und unsere ganze Aufmerksamkeit darauf richteten, jene Bedürfnisse zu befriedigen, die von dem sich selbst überlassenen Markt keine Beachtung finden.

Das Bruttosozialprodukt ist eine statistische Hilfsrechnung, die alles umfaßt, was in die Umsatzsteuerrechnung eingeht – Leistungen, die keinen Marktpreis haben, gehen mit ihren Kosten ein. Autounfälle zum Beispiel machen viel Wirtschaftswachstum, Verringerung der Zahl der Autounfälle ist demnach wachstumsfeindlich. In dieser Rechnung kommt auch die Erziehungsleistung der Mutter nicht vor; niemand zahlt dafür etwas. Nichtsdestoweniger ist diese Rechnung unentbehrlich. Der Steuerpolitiker braucht sie, um im Zeit- und Quervergleich Steuerabschätzungen ableiten zu können. Man muß nur wissen, daß diese Rechnung sehr wenig darüber aussagt, wieviel das, was erfaßt wird, zur Lebensqualität der Menschen beiträgt.

Als Wirtschaftswachstum erscheinen aber auch Investitionen zur Verbesserung der *Umwelt* und zur Schonung unserer natürlichen Lebensgrundlagen, also nicht etwa zur Herstellung von Granaten, sondern zum Bau von Kläranlagen. Letztere sichern Zukunft, die ersteren können sie zerstören. So könnten wir zum Beispiel verhältnismäßig schnell 15 Milliarden DM beschäftigungswirksam einsetzen, um alte Kohlekraftwerke durch neue zu ersetzen und die vorhandenen mit Rauchgas-Entschwefelungsanlagen auszustatten. Damit geschähe endlich etwas gegen das Waldsterben. Zukunftsvorsorge und Beschäftigungssicherung könnten also in ein komplementäres, sich gegenseitig stützendes Verhältnis gebracht werden: Mehr Beschäftigung durch mehr Umweltschutz!

In der Kombination von strengeren Umweltschutzgesetzen mit der bankmäßigen Vorfinanzierung der danach erforderlichen Maßnahmen aus rückzahlbaren (wenngleich zinsverbilligten) Krediten ließe sich das alles marktwirtschaftlich organisieren, und zwar so, daß der Staatshaushalt nicht belastet würde: Die Rückzahlung der Kredite hätte dann aus geringfügig erhöhten Strompreisen zu erfolgen. Weil ein umweltfreundlich erzeugter Strom wertvoller ist als ein umweltschädigend erzeugter, dürfte er auch teurer sein. Wo steckt aber nun das Element der neuen Solidarität? Es steckt schon in der durch den höheren Strompreis abverlangten Einschränkung, die sowohl jenen zugute käme, die durch ein solches Programm Beschäftigung fänden, als auch den nachwachsenden Generationen, denen wir eine weniger geschädigte Umwelt hinterließen. Aber mehr als das.

Durch mehr Einkommensgleichheit („unten sockeln“) ließen sich viele Bedürfnisse der schwächeren Schichten unseres Volkes kaufkräftig und damit nachfragewirksam machen: Millionen müßten erst einmal mehr Lebensstandard haben, bevor die Kategorie „Lebensqualität“ für sie Sinn bekommt. 100 DM für den Ministerialdirektor erhöhen dessen Sparquote – dieselben 100 DM der Bezieherin einer Minirente gegeben wandern ohne Umschweife in die Ladenkassen. Nennen wir die „neue Solidarität“ auch bei diesem Namen: Wir brauchen mehr *Gleichheit*.

Welches Menschenbild steckt eigentlich hinter der gängigen Auffassung, ein Manager werde seine Leistung um 10% einschränken, wenn er um der gesamtgesellschaftlichen Solidarität willen sich statt mit 300 000 DM mit nur 270 000 DM jährlich begnügen muß? Wir brauchen also auch einen neuen, einen humanen *Leistungsbegriff*. Unsere Gesellschaft braucht Leistung, je mehr davon, desto besser, aber sie braucht auch eine Neubesinnung zur Leistungsmotivation. So manche Leistung hat einen Teil ihres Lohnes in sich selber, weil eine schöne, der Selbstentfaltung gemäße Arbeit zu erbringen ist. Eine herausgehobene Leistung erbringen zu dürfen, macht doch auch Spaß. Die meisten Menschen wollen sich keineswegs die Sozialpflichtigkeit ihrer Begabungen abkaufen lassen.

Technischer Fortschritt braucht freilich nicht nur im Wegrationalisieren von Arbeitsplätzen, er kann auch in *Produktinnovation* und damit in Schaffung neuer Arbeitsplätze bestehen. Die Tatsache, daß in dieser Hinsicht unsere Wirtschaft ins Hintertreffen gerät, ist beunruhigend. Vielleicht liegt es an der falschen Organisation der Forschung: Warum müssen in der Bundesrepublik Deutschland Universitätsprofessoren eigentlich Beamte sein, warum gibt es nicht (wie in den USA oder in Japan) mehr Wechsel zwischen Unternehmen und Universität? Die meisten Produktionsinnovationen kommen übrigens aus der mittelständischen Wirtschaft, von Leuten also, die etwas selber machen, die heraus wollen aus anonymen Großgebilden und verholzten Zuständigkeiten. Auch in der Wagnisübernahme anstelle des auf Nummer Sicher gehenden Versorgungsdenkens kann ein Stück der neuen Solidarität liegen, die wir brauchen.

Nun ist von der Sättigung vieler Teilmärkte in den Industriestaaten als einer der Hauptursachen unserer Wirtschafts- und Beschäftigungskrise die Rede gewesen. Aber ist denn nicht die Welt insgesamt ein Abgrund an Not, an Mangel, an Bedarf? Gewiß – aber die am meisten weltwirtschaftlich verflochtene Volkswirtschaft, die unsere, kann eben von einer *Weltwirtschaftskrise*, wie wir sie jetzt schon im sechsten Jahr haben, nicht ungeschoren bleiben. Wir exportieren ein Drittel unserer Produktion; die großen Wachstumsimpulse sind jahrzehntelang immer wieder vom Export ausgegangen; nun ist der Welthandel rückläufig; er ist zum Nullsummenspiel geworden; was die eigene Volkswirtschaft an Marktanteilen gewinnt, verliert eine andere.

Solidarität ist da zunächst verlangt, daß wir der Versuchung widerstehen, unsere eigenen Wirtschaftsprobleme vor der Tür anderer Volkswirtschaften abzuladen. Es war eine der großen Solidarleistungen unseres Volkes, die Märkte offenzuhalten für die Produktion anderer Staaten. (Das Welttextilabkommen fügt sich nicht so ganz in dieses schöne Bild.) Selbstverständlich haben wir von der Freiheit der Märkte auch selber Nutzen gehabt. Gute Politik – dies gilt ganz generell – besteht immer darin, Problembereiche so zu organisieren, daß gegenseitige Solidarität auch den Nutzen gegenseitig mehrt.

Zur besonderen Problematik der Wirtschaftsbeziehungen zur „Dritten Welt“

muß allerdings gesagt werden, daß sie die Krise am härtesten trifft – bis hin zur blanken Zahlungsunfähigkeit einer wachsenden Zahl von Staaten. Zwar sinken derzeit die Ölpreise, was Erleichterung verschafft, doch wird in vielen Staaten dieser Vorteil aufgewogen durch den gleichzeitigen Verfall der Rohstoffpreise. Es ist insofern nicht gut, daß die öffentliche Entwicklungshilfe der Industrieländer gerade jetzt rückläufig ist, da die Entwicklungsländer sie am nötigsten hätten. Hoffentlich kommt dabei nicht auch noch das Erlösstabilisierungsmodell des Lomé-Abkommens zu Schaden. Um so wichtiger ist – und dies bedeutet „neue Solidarität“ –, daß auch die private Hilfe, die in manchen Fällen wirksamer ist als die öffentliche, nicht versiegt.

Daß im vergangenen Jahr die Menschheit für *Rüstung* 650 Milliarden Dollar ausgegeben hat, ist eine der Hauptursachen der Weltwirtschaftskrise. Man kann davon ausgehen, daß derselbe Betrag, anstatt für Rüstung für zivile Verwendungen ausgegeben, im letzteren Fall über Multiplikator- und Akzeleratoreffekte sowie über Kapazitätseffekte bis zu viermal mehr Beschäftigung bewirkt als im ersteren. Tatsächlich hält die Menschheit diese gigantische Verschwendung des Wohlstands nicht mehr aus.

Zu der militärisch bedrohlichen Tatsache, daß ein Mehr an Waffen längst ein Weniger an Sicherheit bedeutet – für Atomwaffen mit wenigen Minuten Vorwarnzeit gilt das in besonderer Weise –, kommt hinzu, daß die ungeheure Vergeudung produktiver Möglichkeiten, einhergehend mit der Weltinflation, als Ursache von Massenarbeitslosigkeit die Sozialstrukturen der Staaten sprengt. Schon die Rüstung selbst tötet, nicht erst der Mensch, der sie einsetzt: Menschen verhungern, weil ihnen vorenthalten bleibt, was in der Rüstung verschwendet wird.

Vielleicht ist der Druck, der von den leeren Kassen ausgeht, für Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen wirksamer, als dies sogar friedliche Absichten von Militärs vermöchten. Nichts schulden die Völker der Welt sich gegenseitig dringlicher als die neue Solidarität einer *politischen Sicherheitspartnerschaft*, die es möglich macht, Schritt für Schritt das militärische Standbein der Sicherheit zurückzunehmen zugunsten einer Weltfriedensordnung des geregelten Konfliktausgleichs.

Die Menschheit sollte die Erfahrungen mit dem wohl größten Solidarakt in der Geschichte, dem *Marshall-Plan*, nie mehr verlieren! Da stand ein amerikanischer Präsident vor der Aufgabe, eine Kriegswirtschaft so auf Friedensproduktion umzustellen – Schwerter in Pflugscharen umzuschmieden –, daß der hohe Beschäftigungsstand gewahrt blieb. Präsident Truman hat das Problem gelöst, indem er Entwicklungshilfe an die ausgepowerten Völker Europas geleistet hat. Damit haben die Europäer ihre Fabriken wiederaufgebaut, bescheidenen Massenwohlstand geschaffen, der dann wieder die Grundlage zum Kauf amerikanischer Maschinen war, die dann den Wohlstand der Europäer weiter voranbrachten, so daß sie irgendwann amerikanische Agrarprodukte kaufen konnten, wonach die

Amerikaner wiederum... usw. Stellen wir uns vor, wir könnten nach Maßgabe erfolgreicher Rüstungskontrollverhandlungen auch nur ein Drittel der jährlich 650 Milliarden Dollar Rüstungsausgaben für einen kontinuierlichen Marshall-Plan zugunsten der Dritten Welt freibekommen: Über Arbeitslosigkeit bräuchten wir Europäer die nächsten dreißig Jahre nicht mehr zu reden.

Aufpassen müßten wir allerdings, daß wir den Völkern der Dritten Welt nicht Wirtschaftsstrukturen überstülpen, mit deren Folgen wir bei uns selbst kaum noch zurechtkommen. Die auf die Selbsthilfebereitschaft der Menschen bezogene Entwicklung ländlicher Strukturen ist allemal besser als die Etablierung von Töchtern internationaler Konzerne, die flüchtige Kostenvorteile zum Export billiger Massengüter wahrnehmen und deren Interessen eher an der Bilanz der Konzernmutter als am Wohl der Völker orientiert sind.

„Neue Solidarität“! All diese Überlegungen machen deutlich, was Bemühungen um zukunftssicherndes Wirtschaftswachstum zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit beitragen können. Sie sollten dem modischen Trend entgegenwirken, der jene, die insoweit *auch* auf Wirtschaftswachstum setzen, für vorgestrig hält. Die Marktwirtschaft verfügt über Steuerungsmöglichkeiten genug, um die Produktion in humane Wachstumsfelder zu lenken. Freilich ist auch solches Wachstum nicht zum Nulltarif zu haben: Es erfordert den Verzicht auf anderweitige Verwendungen der entsprechenden Finanzmittel und des entsprechenden Risikokapitals.

Soziale Beherrschung des technischen Fortschritts

In einem zweiten Ansatz könnten wir versuchen, technischen Fortschritt politisch zu steuern. Wir wissen freilich, daß da nicht allzuviel dran ist: Wir stehen vor dem Dilemma, daß wir Arbeitsplätze verlieren, wenn unsere Fabriken rationalisieren, daß wir andererseits aber noch mehr Arbeitsplätze verlieren, wenn sie es nicht tun. Wir würden dann nämlich unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit einbüßen. Heinz Oskar Vetter hat vor kurzem ein Weiteres angemerkt: „Wir kennen viele Arbeitsplätze, die mit Menschenwürde nicht viel zu tun haben; der Einsatz von Maschinen anstelle von Menschen kann da auch ein großer Segen sein. Notwendig ist die soziale Beherrschung des technischen Fortschritts; wir sollten unsere Gesellschaft so umbauen, daß die neuen Techniken auch von einer neuen Gerechtigkeit begleitet sind. Das geht nur, wenn die Menschen anders und mehr als bisher an der Gestaltung ihrer Arbeit und der Gesellschaft, in der sie leben, beteiligt werden. Dies und nichts anderes meinen die Gewerkschaften, wenn sie gerade jetzt eine Kampagne zum Ausbau der Mitbestimmung in Gang bringen.“

Vetters „neue Gerechtigkeit“ – meint er nicht auch die „neue Solidarität“, die die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) fordert? Die Grundfrage lautet: Für wen eigentlich arbeitet der Industrieroboter, der fünf Arbeitnehmer, die arbeitslos

werden, ersetzt? Wenn immer mehr Menschen durch Maschinen verdrängt werden, dann müssen wir doch wohl über die Verteilung der noch verbleibenden Arbeit nachdenken, ebenso aber über die Verteilung der Erträge aus der von den Maschinen bewirkten Produktion. Die Erwartung nämlich, daß alle von den Maschinen verdrängten Arbeiter mit der Herstellung neuer Maschinen beschäftigt werden, ist – so der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler Leontieff – ebenso absurd wie seinerzeit die Annahme gewesen wäre, daß alle durch die Motorisierung überflüssig gewordenen Pferde in der Automobilindustrie hätten eingesetzt werden können.

Die hier gestellte Frage läßt sich so formulieren: Man muß einen der wichtigsten Regelmechanismen der traditionellen Ökonomie außer Kraft setzen: die Verteilung der Einkommen nach Maßgabe des Arbeitseinsatzes. Das bedeutet die Entkoppelung von Arbeit und Einkommen. Das scheint kaum vorstellbar; bringt man es aber nicht fertig, dann würden die Fabriken mangels Nachfrage nicht mehr arbeiten. „Irgendwie“ müssen die Erträge aus den voll automatisierten Fabriken unter die Leute gebracht werden, daß sie die Produkte aus diesen Fabriken kaufen können.

Einen Lösungsansatz gibt es da, der den Mitgliedern der KAB gar nicht fernliegt, nämlich *Produktivvermögen in der Hand der Arbeitnehmer* zu bilden. Dieses Thema sei hier nur als Stichwort angeführt – einschließlich der Frage, warum wir hierzu bisher so wenig haben ausrichten können. Bisher war das „nur“ eine Frage der Verteilungsgerechtigkeit; künftig, bei immer weitergehender Ersetzung von Menschen durch Realkapital im Produktionsprozeß, wird die Aufgabe der Produktivvermögensbildung der Arbeitnehmer zur Frage nach der Funktionsfähigkeit des Systems überhaupt. Freilich darf gerade die Produktivvermögensbildung der Arbeitnehmer nicht zu deren Entsolidarisierung führen. Es darf auch nicht dazu kommen, daß man das originäre Mitbestimmungsrecht aus dem produktiven Beitrag der Arbeit gegenrechnet gegen jenen Mitbestimmungsanspruch, der aus dem Miteigentum an den Produktionsmitteln folgt.

Aufgrund der elektronischen Revolution werden wir ohnehin das System der Finanzierung der sozialen Sicherheit umbauen müssen. Bleibt die Finanzierung an Lohneinkommen geknüpft, dann werden just jene Großbetriebe, die uns durch ihre Rationalisierungen die Probleme bescheren, aus der Zahllast ausscheren. Die Zahllast für die soziale Sicherheit bliebe dann bei den immer weniger werdenden arbeitsintensiven kleinen und mittleren Unternehmen hängen, die unter dieser Last erdrückt würden. So werden wir wohl dahin kommen, daß auch der Kollege Computer und der Kollege Roboter Versicherungsbeiträge zahlen – wofür allerdings der Begriff der „Maschinensteuer“ adäquater wäre. Natürlich ist das leichter gesagt als getan, zumal bei solcher Finanzierungsweise das Leistungselement in den Sozialversicherungen geschwächt würde, das nicht leichthin preisgegeben werden sollte.

Probleme um die Arbeitszeit

Bleibt als dritte Möglichkeit der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit noch die des Arbeitsvolumens und hier vor allem der Arbeitszeit zu erörtern. Man muß freilich sehen, daß *Arbeitszeitverkürzung* nicht ausreicht, daß sie vielmehr mit *Arbeitsumverteilung* verbunden sein muß. Dabei kommt es sehr darauf an, den Unterschied zwischen Arbeitszeitverkürzung und Arbeitsumverteilung festzuhalten: Allein für die erstere hat die „alte“ Solidarität offenbar ausgereicht.

Die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände lehnt jede Form von *Arbeitszeitverkürzung* ab. Als ob wir sie nicht im größten Ausmaß hätten, und zwar in ihrer miesesten Form, nämlich, daß, während sich 90% der Menschen bei immer noch beschleunigten Arbeitstakten oft bis zur psychischen und physischen Erschöpfung abrackern, andere 10% auf die Arbeitszeit Null gesetzt sind! Wie anders eigentlich wollen wir aus der geschilderten Dilemma-Situation herauskommen, daß Rationalisierung die Vernichtung von Arbeitsplätzen bedeutet, Nichtrationalisierung aber eine noch schlimmere Vernichtung von Arbeitsplätzen? Sehen die Arbeitgeber nicht, daß das Problem der Entkoppelung von Produktion und Produktivität in 150 Jahren der Geschichte der Industrialisierung nie anders gelöst worden ist als in teilweiser Weitergabe des Produktivitätsfortschritts auch in der Form der Arbeitszeitverkürzung? Warum soll das heute nicht mehr so weitergehen? Jeder Gewerkschafter weiß, daß man ein und denselben Produktivitätsfortschritt nicht zweimal, das ist sowohl als Erhöhung des Reallohns als auch in Form von Arbeitszeitverkürzung, weitergeben kann. Insofern werden um die Frage des Lohnausgleichs mitunter rein semantische Schlachten geschlagen.

Solange es sich um bloße Verkürzung von Arbeitszeit für eine gegebene Zahl Beschäftigter handelt, bräuchte dabei keiner ärmer zu werden, sofern Arbeitszeitverkürzung plus gleichzeitige Lohnerhöhung den durch den Produktivitätsfortschritt gezogenen Rahmen nicht sprengen. Da die Menschen von Gütern leben und es für die Menge der verteilbaren Güter ohne Belang bleibt, ob sie in Menschen- oder in Maschinenarbeit hergestellt worden sind, ist einfach dem Umstand Rechnung zu tragen, daß durch Arbeitszeitverkürzung auf jenes dem Produktivitätsfortschritt zuzurechnende Mehr an Gütern verzichtet wird, das, würde es produziert, offensichtlich nicht mehr abgesetzt werden kann. Anders verhält es sich, wenn Arbeitnehmer einen Teil ihrer Arbeitszeit an bisher Arbeitslose abtreten. Um Arbeitslose wieder in Arbeit zu bringen, wird die Arbeitszeit der Arbeitsplatzbesitzer über das Maß hinaus verkürzt, das sich aus dem Produktivitätsfortschritt alimentiert. Es ist klar, daß dabei auch ein Teil des Lohnes an die bisher arbeitslos Gewesenen weitergegeben werden muß. Und gerade hierin, in *Arbeitsumverteilung*, wird sich die „neue Solidarität“ zu bewähren haben.

Zu bedenken ist auch, daß Arbeitszeitverkürzung und Arbeitsumverteilung bei den Unternehmen unterschiedliche Probleme aufwerfen: Für Unternehmen wie

Daimler und Bosch, die sich zu „menschenleeren Fabriken“ umrüsten, mag verhältnismäßig einfach zu bewerkstelligen sein, woran ein arbeitsintensiver Betrieb zerbrechen könnte. Gerade hier müßte die Entlastung vom Übermaß der Lasten für die soziale Sicherheit helfen. Im übrigen sind solche Probleme allen Friktionen zum Trotz ja noch allemal gelöst worden. Der technische Fortschritt hat es möglich gemacht und zugleich erzwungen. In den letzten 30 Jahren wurde die Arbeitszeit um ein Sechstel auf die noch immer offiziösen 40 Stunden verkürzt – wo stünden wir heute mit unserer Arbeitslosigkeit, wenn das nicht geschehen wäre? Allein von 1973 bis 1979 wären eine halbe Million Menschen mehr arbeitslos gewesen. Zu einer relativen Verteuerung der Produkte aus den arbeitsintensiveren Produktionen (auch von Dienstleistungen) wird es freilich kommen: Wenn dies einhergeht mit der Verbilligung der Massenprodukte aus automatisierten Fabriken, hat es seine Ordnung.

Und noch ein Teufel steckt im Detail: Arbeitszeitverkürzung um $x\%$ führt nicht zur Vermehrung des Arbeitsplätzeangebots um ebenfalls $x\%$. Bei der Verkürzung der Wochenarbeitszeit gilt die Faustformel, daß die rechnerische Wirkung nur etwa zur Hälfte durch neu einzustellende Arbeitskräfte ausgeglichen wird; bei anderen Versuchen, die Arbeit umzuverteilen, sind die Sickereffekte wahrscheinlich noch höher. Anders formuliert: etwa die Hälfte der rechnerischen Verkürzung läßt sich durch Rationalisierung oder durch Überstunden auffangen. Empirisch ist des weiteren erwiesen, daß Arbeitszeitverkürzung allenfalls vorübergehend zu rationalisierungsbedingt höherer Arbeitsproduktivität geführt hat.

Jedenfalls: Wir müssen mit den Arbeitgebern reden, um dieses Tabu vor Arbeitszeitverkürzung und Arbeitsumverteilung wegzubringen. Mit den Gewerkschaften aber müssen wir reden, um sie für den Gedanken erhöhter individueller Gestaltungsmöglichkeiten, für die *neue Arbeitszeitpolitik*, zu gewinnen. Es wäre ein guter Ausdruck neuer Solidarität, wenn dort, wo ein Familienernährer – Mann oder Frau – ein ausreichendes Einkommen hat, der andere Ehepartner seinen Arbeitsplatz für einen bisher Arbeitslosen freimachte, um sich z. B. der Betreuung der Kinder oder einem ehrenamtlichen sozialen Dienst zu widmen. Ich werde für den Gedanken werben, daß es angesichts von über 30 000 arbeitslosen Lehrern als ein Skandal empfunden werden muß, wenn beide Ehepartner im Schuldienst sind. Freilich darf es auf keinen Fall zu von oben verordneten Rollenzuweisungen kommen. In erster Linie sind demnach *die Tarifvertragsparteien gefordert*. Der Gesetzgeber hat außer dem Arbeitszeitgesetz das Angebot einer Vorruhestandsregelung beizustellen.

Als Ergebnis sei festgestellt: Die Floskel ist gängig geworden, der Arbeitsgesellschaft gehe die Arbeit aus. Was das für die Lebensentwürfe, die Lebenserfahrung, die Lebensbewältigung und die Sinnorientierung der Menschen bedeutet, wird noch vertieft zu behandeln sein; an der christlichen Soziallehre Orientierte können diese Frage ja nicht auf sich beruhen lassen. Es hat sich erwiesen, daß – Stichwort:

menschengerechtes und zukunftssicheres Wirtschaftswachstum – der Arbeitsgesellschaft nicht schlechterdings die Arbeit ausgeht, daß vielmehr breite Bedarfsfelder erst noch zu erschließen und mit Kaufkraft auszustatten wären.

Die natürlichen und die im Menschen selber liegenden Grenzen des Wachstums sollten uns vor der Illusion bewahren, durch Wirtschaftswachstum allein wäre das Beschäftigungsproblem im Sinn der bisher definierten Erwerbsarbeit zu lösen. Besonders ging es darum, den Unterschied zwischen der „bloßen“ *Arbeitszeitverkürzung* nach Maßgabe des Produktivitätsfortschritts von der heute anstehenden Aufgabe der *Arbeitsumverteilung* herauszuarbeiten. Wo sich die Aufgabe der Arbeitsumverteilung stellt – und bei einem Sockel von 2 Millionen Arbeitslosen stellt sie sich – muß man es offen aussprechen: Wer Arbeitszeit an einen anderen abtritt, kann für die abgetretene und künftig von einem anderen geleistete und einem anderen zu bezahlende Arbeitszeit keinen vollen Lohnausgleich haben. Käme es nicht zur Arbeitsumverteilung, so würden die Arbeitsplatzbesitzer in anderer Weise, über steigende Sozialleistungen nämlich, zur Finanzierung des Lebensunterhalts jener herangezogen, die dauerhaft arbeitslos blieben. Insofern ist die nötige neue Solidarität schlicht auch ein Gebot der Klugheit oder das Ergebnis eines genaueren Durchblicks durch die Probleme.

Was ist Arbeit?

Maßnahmen- und Tagespolitik müssen letztlich jedoch von einer grundlegenden *Neuorientierung individuellen und gesellschaftlichen Bewußtseins* getragen werden. In diesem Zusammenhang war schon von der Dialektik die Rede, daß einerseits der Änderung politischer Strukturen der Wandel des Bewußtseins vorauslaufen muß, andererseits die Politik notwendigen Wandel des Bewußtseins zu fördern hat. Unter den neuen Herausforderungen bildet sich ein neues Verständnis menschlicher Arbeit heraus. Da wir unser Selbstverständnis weithin aus dem Verständnis menschlicher Arbeit ableiten, sind damit Grundfragen der menschlichen Existenz aufgeworfen, auf die folgerichtig auch von unserem Glauben her Antworten zu geben sind. Die mikroelektronische Revolution wird zweifellos den Stellenwert der Arbeit im Leben des Menschen verändern.

Im heutigen Verständnis ist Arbeit die Leistung des Menschen, die er gegen Entgelt verrichtet, um an der Erstellung von Gütern und Dienstleistungen mitzuwirken. Der Verkauf der Arbeitskraft vollzieht sich nach festen Regeln. Angeboten wird eine 40-Stunden-Woche vom Beginn der Erwerbsfähigkeit bis zur Pensionierung. Von dieser Regel gibt es Ausnahmen wie Urlaub, Frühinvalidität, Mutterschaft u. a. In dieser Regelwelt wird „Vollbeschäftigung“ definiert – Arbeitslosigkeit ist in ihr nicht vorgesehen. Nicht-Arbeitszeit wird als Freizeit bezeichnet. Es wird so getan, als sei dies die zur freien Disposition des einzelnen

stehende Zeit; tatsächlich aber haben die Prinzipien erwerbswirtschaftlicher Arbeit längst die „freien“ Phasen der Bildung, des Ruhestands und eben der Freizeit so geprägt, daß auch sie ökonomischen Kalkülen unterliegen. So wird jetzt ein Hausfrauen- oder auch ein Hausmännergehalt gefordert; für den Urlaub gibt es Urlaubsgeld: Die Ökonomisierung der Arbeit hat alle Lebensbereiche durchdrungen.

Daraus ergibt sich die Konsequenz, daß immer weitere Lebensbereiche aus der Sphäre der Selbstversorgung und der Eigenverantwortlichkeit herausfallen. Die ökonomische Strukturierung menschlicher Lebensbedürfnisse hat eine Ausweitung des Sektors erwerbswirtschaftlicher Arbeit mit sich gebracht und umgekehrt, die freilich Vollbeschäftigung im vorher definierten Sinn überhaupt erst möglich gemacht hat. In dem Umfang nun, in dem durch die Automatisierung der Industrie und vieler Dienstleistungen immer weniger menschliche Arbeit benötigt wird, wird nicht nur die Definition von Vollbeschäftigung hinfällig; darüber hinaus wird offenkundig, daß dem historischen Prozeß der Ausweitung von Erwerbsarbeit Grenzen gezogen sind, hinter denen sich neue Möglichkeiten der Selbstverwirklichung des Menschen auftun.

Nicht zuletzt haben uns die Debatten um Ökologie- und Friedensfragen die Augen dafür geöffnet, daß es nicht gleichgültig ist, was durch Arbeit erzeugt wird: Kriegsspielzeug, Raketen, Spraydosen und Umweltgifte werden in Erwerbsarbeit hergestellt. So treten auch jene Ergebnisse menschlicher Arbeit neu in unser Blickfeld, die *außerhalb erwerbswirtschaftlicher Prozesse* entstehen. Das umfaßt nicht nur den Bereich der Hausfrauen und Hausmänner, sondern ebenso die Ergebnisse der Hobby-, der Eigen- und der Gemeinschaftsarbeit, für die finanzielle Gegenleistungen nicht mehr erbracht werden. Der traditionelle Arbeitsbegriff ordnet all dies der Freizeit zu. Vom realen Ergebnis her aber ist das alles „Arbeit“.

Wenn wahr ist, was Johannes Paul II. in „Laborem Exercens“ gesagt hat: daß der Mensch zum Mitarbeiter an Gottes fortdauernder Schöpfung bestimmt ist und daß ihm von daher Würde zukommt, dann wird deutlich, wie verengt ein Arbeitsbegriff ist, der die nichterwerbswirtschaftlich organisierte Arbeit außerhalb der Denkwelt der Arbeit ansiedelt. Tatsächlich brauchen wir einen viel umfassenderen und einen zugleich viel differenzierteren Begriff der menschlichen Arbeit. Dagegen wird bereits versucht, mit dem negativ besetzten Begriff von der „Schattenwirtschaft“ Dämme und Sperren aufzubauen. Daß sich da neue Probleme für die Finanzminister auftun, wird niemand verkennen. Man wird aber in Betracht zu ziehen haben, daß selbstorganisierte Arbeit die öffentlichen Aufgaben und Kassen auch entlastet. Die Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD hat in ihrer Schrift „Die Arbeiterbewegung und der Wandel gesellschaftlichen Bewußtseins und Verhaltens“ Überlegungen zur Konkretisierung dessen vorgelegt. Dem sei – nicht nur um der Ausgewogenheit willen – ein Zitat von Werner Remmers hinzugefügt: „In alledem kommt ein starkes soziales Bedürfnis nach

ganzheitlicher, autonomer und geselliger Arbeit zum Ausdruck, ein positiv zu würdigendes Bedürfnis, das bei weiterer Arbeitszeitverkürzung noch zunehmen wird.“

Wenn uns demnach die neuen Herausforderungen ermutigen, den Begriff und die Bedeutung menschlicher Arbeit über die erwerbswirtschaftlich organisierte Arbeit hinaus zu erweitern, dann werden wir auch erfahren, daß es uns nicht nur nicht an Arbeit fehlt, sondern *daß jede und jeder gebraucht wird*: in ehrenamtlicher Arbeit z. B. in Vereinen, politischen Gremien, in den Kirchen. Indem wir „die Arbeit“ in diesen Sinnhorizont stellen, werden die Probleme jedenfalls lösbarer, die ob der neuen Herausforderungen in der Arbeitswelt mit ihrem technologischen und ökonomischen Wandel jetzt noch wie ein Gebirge vor uns stehen.

Unser christlicher Glaube ist ein Ferment, das menschliche Einsichten immer wieder relativiert. Auch wenn wir uns den Wandel des Bewußtseins erarbeitet haben, werden wir doch im Bedenken des Sinns menschlichen Lebens nur einen kleinen Schritt weitergekommen sein. Wie Erwerbsarbeit nicht das Ganze menschlicher Arbeit ist, so ist Arbeit nicht das Ganze menschlichen Lebens. Der Sinn unseres Lebens ist leistungsloses Geliebtwerden: Wir wissen uns von der Liebe Gottes umfassen. Darin gründet letztlich die Würde des Menschen. Von daher bleiben wir aufgerufen, unsere letzte Sinnbestimmung jenseits von Angebot und Nachfrage und Leistung und Arbeit zu suchen.

Vertrauen wir also darauf, daß unsere in Strukturen, Institutionen, Ordnungen, in den Betriebsgrößen, auf der Kommandoebene wie auch auf der Eigentumsebene gemischte Wirtschaftsordnung flexibel genug ist, um den notwendigen Wandel der Gesinnungen nicht nur zu ertragen, sondern ihn sogar auf bessere Ergebnisse hin nutzbar zu machen. Ich jedenfalls bin davon überzeugt. Zur gemischten freiheitlichen Wirtschaftsordnung gehört freilich unverzichtbar hinzu, daß im Ensemble dessen, was Johannes Paul II. den „indirekten Arbeitgeber“ nennt, auch dem Staat seine Aufgabe zukommt. Wer den Rückzug des Staats aus seiner Mitverantwortung für die menschliche Arbeit fordert, kann sich dabei nicht auf die Soziallehre der Kirche berufen.

Wirtschaft kann nicht unbegrenzt wachsen, Kultur aber – gemeint ist der ganze weite Begriff von Kultur – könnte es. Sorgen wir dafür, daß Arbeit in neuer Solidarität zu einer menschlichen Erfahrung wird, die unnötige Trennungen zwischen der Welt der Wirtschaft und der Welt der Kultur aufhebt. Chancen und Risiken liegen beisammen. Nutzen wir die Chancen – zu vollerm Menschsein der arbeitenden Menschen in einer freieren, gerechteren und solidarischen Welt.

Der Beitrag ist der überarbeitete Text des Referats beim Diözesantag der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) der Diözese Aachen am 18.–20. 3. 1983 in Mönchengladbach.